Sachdokumentation:

Signatur: DS 2865

Permalink: www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/2865

Nutzungsbestimmungen

Dieses elektronische Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv zur Verfügung gestellt. Es kann in der angebotenen Form für den Eigengebrauch reproduziert und genutzt werden (private Verwendung, inkl. Lehre und Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der/die Nutzer/in verantwortlich. Jede Verwendung muss mit einem Quellennachweis versehen sein.

Zitierweise für graue Literatur

Elektronische Broschüren und Flugschriften (DS) aus den Dossiers der Sachdokumentation des Sozialarchivs werden gemäss den üblichen Zitierrichtlinien für wissenschaftliche Literatur wenn möglich einzeln zitiert. Es ist jedoch sinnvoll, die verwendeten thematischen Dossiers ebenfalls zu zitieren. Anzugeben sind demnach die Signatur des einzelnen Dokuments sowie das zugehörige Dossier.

JA ZUR KRIEGSGESCHÄFTE INITIATIVE

Informationen und Argumente zur Initiative für ein Verbot der Finanzierung von Kriegsmaterialproduzenten

Abstimmung vom 29. November 2020

Die Kriegsgeschäfte-Initiative: ethisch angebracht, wirtschaftlich und im Sinne der Schweizer Neutralität

Ein JA zur Kriegsgeschäfte-Initiative

→ ist ein Schritt zu einer friedlicheren Welt

Das Geschäft mit Waffen floriert – und wird auch von der Schweiz aus mitfinanziert. Je weniger Geld in diese tödliche Industrie fliesst, desto weniger Waffen werden produziert. Und je weniger Waffen im Umlauf sind, desto weniger müssen Menschen unter ihnen leiden.

→ schützt die Neutralität und Glaubwürdigkeit der Schweiz

Die Schweiz setzt sich als neutrales Land mit humanitärer Tradition für Menschenrechte, Frieden und diplomatische Lösungen ein. Gleichzeitig Milliarden Schweizer Franken in Kriege und Konflikte zu investieren, ist unvereinbar mit unseren Werten.

→ bekämpft Fluchtursachen

Millionen Menschen werden weltweit durch Kriege und Konflikte aus ihrer Heimat vertrieben.
Die Initiative bekämpft Fluchtursachen, indem sie für weniger Waffen in Kriegsgebieten sorgt.

→ ist wirtschaftlich sinnvoll

Nachhaltiges Investieren ist gewinnbringend. Deswegen setzen heute schon viele Finanzunternehmen auf ethische Anlagen. Würden die Schweizer Pensionskassen einzig in nachhaltige Anlagen investieren, könnte unser Pensionskassenvermögen je nach Jahr im Durchschnitt pro Kopf um 1000 CHF höher sein.

Worum geht es?

Jedes Jahr sterben zehntausende Menschen durch Kriege und bewaffnete Konflikte. Millionen mehr werden verletzt, traumatisiert und in die Flucht getrieben. Gleichzeitig machen internationale Rüstungsunternehmen Milliarden-Profite, indem sie skrupellos Waffen an die Konfliktparteien liefern.
Milliarden Schweizer Franken fliessen in dieses blutige Geschäft. Alleine die Schweizerische Nationalbank hat im Jahr 2018 1.3 Milliarden US-Dollar in Firmen investiert, die Atomwaffen herstellen. Auch Schweizer Banken und unsere Pensionskassen mischen im Geschäft mit dem Tod kräftig mit. Schweizer Geld finanziert also die Kriege dieser Welt. Die Kriegsgeschäfte-Initiative will, dass kein Schweizer Geld in die Finanzierung von Kriegsmaterial-Produzenten fliesst. Als reiches Land mit einem der grössten Finanzplätze der Welt trägt die Schweiz eine Verantwortung. Mit einem JA zur Kriegsgeschäfte-Initiative leisten wir einen Beitrag zu einer friedlicheren Welt.

Inhalt

Das wichtigste in Kürze **4**
Weshalb die Initiative wichtig ist **5**
Kriege, bewaffnete Konflikte und die Rüstungsindustrie **5**
Klima, Rüstungsindustrie und die fehlenden Finanzen **6**
Die Finanzierung der Rüstungsindustrie **7**
Die Rolle der Schweiz **8**
Was die Initiative will **8**
Beispiele von Schweizer Kriegsgeschäften **9**
Wie die Initiative das ändern will **11**
Die Umsetzbarkeit der Initiative **12**
Private und öffentliche Vorbilder für die Kriegsgeschäfte-Initiative **13**
Auswirkungen der Initiative **14**
Auswirkungen auf die internationale Rüstungsindustrie 14
Auswirkungen auf die Nachfrage nach Waffen 14
Auswirkungen auf das Engagement der Schweiz 15
Auswirkungen auf das Vorsorgevermögen, das den Versicherten zusteht 15
Auswirkungen auf die Unabhängigkeit der Nationalbank 15
Auswirkungen auf die Versorgung der Schweizer Armee 15
Auswirkungen auf die Rüstungsindustrie der Schweiz 15
Auswirkungen auf die MEM-Industrie der Schweiz 15
Auswirkungen auf die Schweiz als international angesehener Finanzplatz 16
Was die Schweiz gewinnen kann **16**
→ ist ein Schritt zu einer friedlicheren Welt 16
→ bekämpft Fluchtursachen 16
→ schützt die Neutralität und Glaubwürdigkeit der Schweiz 17
→ ist wirtschaftlich sinnvoll 17
→ schützt mehrfach unser Klima 17

Das wichtigste in Kürze

Kriege und bewaffnete Konflikte wüten überall auf der Welt. Viele dieser Konflikte gehen in der Flut der Medienberichterstattung verloren, und wir vergessen das tägliche Leid, das mit ihnen einhergeht. Sichtbar aber werden sie, wenn man den stetig steigenden Umsatz der Rüstungsindustrie betrachtet: Das Geschäft mit dem Krieg ist ein Geschäft, das floriert. **Die Kriegsgeschäfte-Initiative will verhindern, dass sich die Schweiz daran beteiligt.**

2019 starben weltweit 75'600 Personen in bewaffneten Konflikten. Insgesamt 152 kriegerische Situationen wurden gezählt.[1] Die in diesen Konflikten eingesetzten Waffen werden von Rüstungsunternehmen auf der ganzen Welt hergestellt. Sie werden entweder an die Konfliktparteien verkauft oder gelangen durch die Hintertür in die Konfliktgebiete. Das Volumen der internationalen Transfers von Kriegsmaterial stieg zwischen 2009-13 und 2014-18 um 7,8 Prozent und erreichte damit den höchsten Stand seit dem Ende des Kalten Krieges.[2] Den totalen Wert des internationalen Waffenhandels zu beziffern ist schwierig. Weder die Verkäufer*innen noch die Kund*innen sind zur Transparenz verpflichtet. Es gibt aber einige Kriegsmaterialproduzenten, die gewisse Zahlen veröffentlichen. Das schwedische Forschungsinstitut SIPRI schätzt – basierend auf diesen Zahlen – für das Jahr 2017 den Umsatz des internationalen Waffenhandels auf 95 Milliarden Dollar. Die Dunkelziffer dürfte aber viel höher sein.[3]

Um Kriegsmaterial produzieren und Konfliktparteien mit Waffen versorgen zu können, muss die Rüstungsindustrie finanziert werden. Hier spielt die Schweiz eine zentrale Rolle. Rüstungsunternehmen sind auf Drittmittel angewiesen, die sie auf den Finanzmärkten in Form von Aktienkapital, Anleihen oder kurzfristigem Fremdkapital aufnehmen. Die Schweiz hat einen der grössten und wichtigsten Finanzplätze der Welt und verwaltet ein Vermögen von über 6943,5 Milliarden Franken. Das entspricht 25% des grenzüberschreitenden Vermögens weltweit. Ungefähr die Hälfte dieser Gelder stammen aus dem Ausland. Beim Rest aber handelt es sich um Geld, das der Schweizer Bevölkerung gehört.[4] Das Geld, das über unsere Banken, Vorsorgefonds und Versicherungsgesellschaften in die Rüstungsindustrie gelangt, macht uns zu Kompliz*innen von Unternehmen, die von Kriegen profitieren – oft ohne unser Wissen. Deshalb ist ein Mitentscheidungsrecht darüber, wie unser Geld investiert wird, dringend notwendig. Zudem kann sich die Schweiz als neutraler Staat und Depositärstaat der Genfer Konventionen eine Politik der Gewinnmaximierung auf Kosten von Menschenleben nicht leisten.

Lange wurde behauptet, dass der Ausschluss von Rüstungsproduzenten aus Anlageportfolien die Rentensicherheit gefährden oder die Gewinne schmälern würde. Die rasanten Entwicklungen[5] im Bereich der Steuerung von Finanzflüssen in nachhaltige Aktivitäten (Sustainable Finance) beweisen nun aber das Gegenteil: Nachhaltiges Investieren ist nicht nur notwendig, sondern auch gewinnbringend. Nachhaltige Anlageprodukte sind nicht mehr länger eine Nischenoption, sondern die Zukunft des Finanzsektors und ein Aushängeschild für die Schweiz. Mehr noch: Wenn die Pensionskassen der Schweiz 2019 auf rein nachhaltige Anlageoption gesetzt hätten, dann hätten sie 9 Milliarden mehr Gewinn verbuchen können.

Auch der Bundesrat hat sich zu einem nachhaltigen Finanzplatz bekannt. In seinen Leitlinien «Sustainable Finance» vom Juni 2020 schreibt er, dass der Schweizer Finanzplatz zu einem führenden Standort für nachhaltige Finanzdienstleistungen sein soll und so «einen effektiven Beitrag zur Nachhaltigkeit leisten kann».[6] Noch stehen

[1] Uppsala Conflict Data Program, Department of Peace and Conflict Research > UCDP DATA > Fatalities View (zuletzt besucht am 20.07.2019).

[2] SIPRI Yearbook 2019: Armaments, Disarmament and International. Summary. S. 8.

[3] SIPRI Yearbook 2019: Armaments, Disarmament and International. Summary. S. 9.

[4] SwissBanking 2020: Der Schweizer Bankensektor. Online unter: https://www.swissbanking.org/finanzplatz-in-zahlen/bankensektor/ (zuletzt besucht am 04.10.2020).

[5] Das Swiss Sustainable Finance Institut berechnet für das Jahr 2019 ein Wachstum von 62% an nachhaltigen Investments. Online unter: https://www.sustainablefinance.ch/en/swiss-sustainable-investment-market-study-2020-_content---1--3037--35722.html (zuletzt besucht am 21.09.2020).

[6] Der Bundesrat. Leitlinien "Sustainable Finance". Bern, 2020. Online unter: https://www.newsd.admin.ch/newsd/message/attachments/61906.pdf (zuletzt besucht am 21.09.2020).

bei vielen Finanzakteuren ökologische Kriterien im Vordergrund. Die moralische Pflicht der Schweiz, sich nicht an kriegs- und konfliktbedingtem Elend zu bereichern oder dieses mitzufinanzieren, ist nichts weiter als die konsequente Weiterführung dieser Dynamik.

→ **Die Kriegsgeschäfte-Initiative ist unsere beste Möglichkeit, dafür zu sorgen, dass die Finanzierung der Rüstungsindustrie die Aufmerksamkeit erhält, die sie verdient. Denn dass sich die Schweiz an der Finanzierung von Produkten beteiligt, die in der ganzen Welt zur Unterdrückung und Ermordung von Menschen eingesetzt werden und Natur und Umwelt zerstören, steht in keinerlei Verhältnis zu unseren Werten.**

Weshalb die Initiative wichtig ist

Die Kriegsgeschäfte-Initiative kommt genau zum richtigen Zeitpunkt. Sie gliedert sich nahtlos in die Strategie des Bundesrates ein, den Schweizer Finanzmarkt nachhaltig auszugestalten. Und diese Idee hat in den letzten Jahren auf immer mehr Zustimmung zählen dürfen. Die Initiative fordert, dass in der Schweiz verwaltetes Geld nicht dort angelegt wird, wo die Menschheit davon Schaden nimmt. Was die Finanzierung von umweltschädlichen Unternehmen angeht, sind wir hier bereits sehr viel weiter als noch vor einem Jahrzehnt. Immer noch aber fliesst zu viel Geld in die Rüstungsindustrie – und diese ist dreifach gefährlich für die Zukunft der Menschheit:

- Die Produkte der Rüstungsindustrie dienen einzig dem Ziel, Menschen möglichst effizient zu kontrollieren und zu töten.
- Dabei verpesten sie in unvergleichbarer Manier die Umwelt – über Jahre und Jahrzehnte hinweg – und tragen so dazu bei, dass neue Konfliktherde entstehen.
- Die Überbewertung der militärischen Aufrüstung als sicherheitspolitisches Element führt zudem dazu, dass Geld für die wirklich grossen Sicherheitskrisen unserer Zukunft fehlt: der Klimawandel und die steigende soziale Ungleichheit.

Die Kriegsgeschäfte-Initiative ist die konsequente Umsetzung einer längst breit akzeptierten Idee: Unser Geld hat eine Wirkung – und wir wollen, dass es eine positive ist.

→ **Die Annahme der Initiative wäre also ein weiterer Schritt auf einem Weg, den die Schweiz die letzten Jahre eingeschlagen hat.**

Kriege, bewaffnete Konflikte und die Rüstungsindustrie

Kriege und Konflikte finden überall auf der Welt und jederzeit statt. Sie haben unterschiedliche Ursachen, ihre Effekte aber sind immer dieselben: Sie bringen Tod, Hunger und Isolation über die lokale Bevölkerung, werfen demokratische Institutionen um Jahrzehnte in die Vergangenheit zurück, destabilisieren ganze Regionen, zerstören Infrastrukturen, zwingen Menschen zur Flucht und führen zu kollektiven Identitätsverlusten. Am meisten leidet die Zivilgesellschaft – die kriegsführenden Parteien tragen ihre Konflikte auf dem Rücken der Bevölkerung aus. Analysen kommen zum Schluss, dass 85 bis 90% aller Kriegstoten Zivilist*innen sind. Auf jede*n getötete*n Kämpfer*in kommen zehn zivile Tote.[7]

[7] Wiist, William H. et al.: The Role of Public Health in the Prevention of War: Rationale and Competencies, S. 34. In: American Journal of Public Health, June 2014, Vol 104, No. 6.

Es gibt unzählige Ansätze und Wege, Kriege präventiv zu verhindern und Eskalationen zu beruhigen.[8] Die seit dem Ende des Kalten Krieges anhaltende militärische Aufrüstung der gesamten Welt gehört aber ganz klar nicht dazu. Jahr für Jahr wird mehr Kriegsmaterial produziert und verkauft, die Welt gibt immer mehr für ihre Armeen aus. Dieses Übervorhandensein von Waffen ist eine tickende Zeitbombe. Nicht nur, weil einmal entfachte Konflikte sehr schnell in unnötiger Waffengewalt ausarten können, sondern auch, weil die Militär- und Rüstungsausgaben die verfügbaren Ressourcen für wirtschaftliche, ökologische und soziale Investitionen und Maßnahmen verschleissen. Von diesem Missverhältnis zwischen militärischer und ziviler Sicherheitspolitik profitiert vor allem die Rüstungsindustrie. 2019 wurden pro Weltbürger*in fast 250 Franken für das Militär ausgegeben. Das entspricht gegenüber dem Vorjahr einer Steigerung von 3,6% und stellt 2,2% des globalen Bruttosozialprodukts dar.[9]

Klima, Rüstungsindustrie und die fehlenden Finanzen

Die Zukunft der Menschheit ist durch militärische Aufrüstung und den Klimawandel doppelt bedroht. Zwischen den beiden Faktoren gibt es enge Verknüpfungen: Viele Waffeneinsätze haben äusserst schädliche Langzeitwirkungen; klimainduzierte Gesellschaftskrisen und Sicherheitsprobleme werden häufiger; die Überproduktion von Waffen im Zuge der weltweiten Aufrüstung führt zu einer massiven Verschwendung von Ressourcen – Ressourcen, die unter anderem bei der Bekämpfung des Klimawandels fehlen. All dies belastet Klima und Umwelt stark. **Ein ökologisch nachhaltiger Finanzplatz muss deswegen auch zwingend von Investitionen in die internationale Rüstungsindustrie absehen.**

Der Klimawandel stellt ohne Frage die momentan grösste Bedrohung für die Menschheit dar. Logischerweise müsste also alle ehrlich gemeinte Sicherheitspolitik die Bekämpfung der Ursachen und Auswirkungen der Klimakrise ins Zentrum stellen. Die oben dargelegten Zahlen zum Wachstum der Rüstungsindustrie belegen leider, dass genau das Gegenteil passiert: Nicht nur leistet der internationale Rüstungswettkampf nichts für die Stärkung der Zivilgesellschaft oder von demokratischen Strukturen, er führt viel mehr zu einer Beschleunigung des Klimawandels – und dieser wiederum vertreibt heute schon Leute von ihren ausgetrockneten Feldern, zwingt sie in die Flucht vor Flächenbränden und Überschwemmungen und lässt kostbare Ressourcen knapp werden. Die Klimakrise birgt ein enormes Konfliktpotential. Anstatt diesem den Kampf anzusagen, setzen die Regierungen auf mehr und mehr Rüstung. Militär und Krieg aber gehören zu den Hauptverursachern von Treibhausgasemissionen, Feinstaubbelastung und Umweltkatastrophen

Ein Teil der Umweltbelastung der Kriegsgeschäfte ist der riesige Ressourcenverschleiss und die damit verbundenen Emissionen. Alle Armeen weltweit verursachen enorme Mengen an klimaschädlichen Emissionen bei der Produktion, dem Handel, dem Export und dem Transport von Waffen, aber auch bei Manövern, beim Einsatz selbst sowie den anschliessenden Besatzungen. Allein der Treibstoff-Verbrauch von Kriegsflugzeugen und Kriegsschiffen ist enorm. So verbrennt etwa ein Eurofighter ohne Nachbrennereinsatz ca. 70-100 Liter Kerosin pro Minute.[10]

Kriege bedeuten grundsätzlich die direkte Zerstörung der Umwelt und Infrastruktur durch Bombardierung und den Einsatz von Kampfmitteln.[11] Böden werden verschmutzt, Trinkwasser wird verseucht und die Landschaft wird

[8] Konflikte sind eine fast natürliche Folge von gesellschaftlichen Veränderungsprozessen. Gewalt als Ausdrucksform dieser Spannungen ist aber vermeidbar. Zu den wirksamsten Präventionsstrategien gehören erwiesenermassen die Stärkung der Zivilgesellschaft und der demokratischen Institutionen, der Abbau von Ungleichheiten und die Förderung wirtschaftlicher Prosperität.
[9] NZZ vom 27. April 2020: «Globale Militärausgaben auf Höchststand – Corona-Effekt erwartet». Online unter: https://www.nzz.ch/international/globale-militaerausgaben-auf-hoechststand-corona-effekt-erwartet-ld.1553713?reduced=true (zuletzt besucht am 02.08.2020).
[10] Pflüger, Markus: «Krieg ist der grösse Klimakiller». In: IMI-Standpunkt 2019/023. Online unter: https://www.imi-online.de/2019/06/21/krieg-ist-der-groesste-klimakiller/ (zuletzt besucht am 28.04.2020).
[11] Mehr dazu: Lawrence et al. 2017: «The Consequences of War on the Natural Environment». In: Wiist / White: Preventing War and Promoting Peace. A Guide for Health Professionals. Cambridge. S. 48-60.

zerstört. Besonders destruktiv und grausam sind Atomwaffen. Allein Atomwaffentests sind direkt und indirekt für schätzungsweise 2.4 Millionen Tote verantwortlich.[12] Hiroshima und Nagasaki wurden durch Atombombenabwürfe im 2. Weltkrieg fast vollständig zerstört. Noch heute leiden Überlebende an den Spätfolgen der radioaktiven Verstrahlung.[13] Nur schon ein begrenzter Atomkrieg, z.B. zwischen Indien und Pakistan, würde zu einer so starken Feinstaubbelastung führen, dass ein sofortiger radikaler Klimawandel ausgelöst würde. Die Temperaturen würden drastisch abnehmen und es käme zu einem nuklearen Winter.

→ **Die Schweiz investierte 2018 1045 USD pro Einwohner*in in Unternehmen, die nukleare Rüstungsgüter herstellen – das ist weit mehr als der internationale Durchschnitt.[14]**

Die Finanzierung der Rüstungsindustrie

Kriege können nur geführt werden, wenn genügend Geld für sie vorhanden ist. Diese Feststellung scheint banal, ist aber grundlegend für das Verständnis von Kriegen und Konflikten. Wenn kein Geld für die Mobilmachung und die Instandhaltung der Truppen vorhanden ist, kann ein Krieg nicht geführt werden. Was ein Krieg genau kostet, ist schwierig zu beziffern. Zu den direkten Kosten für die Kriegsführung kommen Renten für Veteranen, Erhöhungen in Verteidigungsbudgets oder auch für Auslandhilfen und Rückzahlungen dazu. Die *Brown University* berechnet, dass die USA für die Kriege in Pakistan, Afghanistan und Irak bisher 6,4 Billionen US-Dollar ausgegeben hat. Rückbau- und Instandsetzungskosten vor Ort nicht inklusive.[15]

Einer der grössten Ausgabeposten ist – sowohl in Kriegs- als auch in Friedenszeiten – die Rüstung. Wenn sie sich keine freiwilligen Ausschlusskriterien für Unternehmen geben, die Kriegsmaterial produzieren, sind Banken, Pensionskassen und andere Grossanleger zwangsläufig an diesen Geschäften beteiligt. Denn um laufende Kosten für die Produktion zu decken, Investitionen tätigen und Gewinn garantieren zu können, sind auch Kriegsmaterialproduzenten auf finanzielle Mittel von Dritten angewiesen. Diese erhalten sie unter anderem über ihre Präsenz auf dem internationalen Finanzmarkt, wo Wertpapiere von Unternehmen gehandelt werden. Investitionen in internationale Finanzprodukte sind attraktive Anlagemöglichkeiten – auch für Schweizer Banken, Vorsorgeinstitute und Stiftungen. Und auch die Schweizer Nationalbank (SNB) legt ihr Vermögen grenzübergreifend an.

Natürlich können alle diese Institute auch heute schon proaktiv gewisse Firmen oder gesamte Sektoren aus ihrem Anlageportfolio ausschliessen. Das passiert aber erst in Einzelfällen. Und so kommt es, dass unsere Pensionskassengelder und unser Volksvermögen bei der Nationalbank in der internationalen Rüstungsindustrie landen. Die Pensionskassen investieren jährlich mehrere Milliarden Franken in Rüstungskonzerne, die SNB investierte 2019 allein im ersten Halbjahr 1'496'866'000 Dollar in US-amerikanische Firmen, die Kriegsmaterial produzieren – wohlgemerkt sowohl konventionelles als auch geächtetes.[16] Auf das gesamte Anlagevermögen dieser Institutionen mögen diese Zahlen klein wirken. Jeder Franken aber, der der Rüstungsindustrie zur Verfügung gestellt wird, ist ein Franken zu viel und trägt dazu bei, dass Kriege überhaupt erst stattfinden können. Und solange staatliche Gelder in einen so zerstörerischen Sektor wie die Rüstungsindustrie fliessen, wird es

[12] Grosse, Partick: «Wenn die Natur zum Kriegsopfer wird». In: DW – Made for minds, veröffentlicht am 10.08.2019. Online unter: https://www.dw.com/de/wenn-die-natur-zum-kriegsopfer-wird/a-49946633. Zuletzt besucht am 04.06.2020.
[13] Casel, Isabelle: «Stoppt die Klimakiller Krieg, Militär, Rüstungsindustrie!». In: Netzwerk Friedenskooperative. Friedensforum 2/2020. Online unter: https://www.friedenskooperative.de/friedensforum/artikel/stoppt-die-klimakiller-krieg-militaer (zuletzt besucht am 28.04.2020).
[14] Zahlen basierend auf dem «Don't Bank on the Bomb Report 2018» von Beenes, Maaike und Snyder, Susy. PAX, The Netherlands. Online unter https://www.dontbankonthebomb.com/wp-content/uploads/2019/06/2019_HOS_web.pdf (zuletzt besucht am 18.09.2020), aufgearbeitet von ICAN Switzerland: https://public.tableau.com/profile/ican.switzerland#!/vizhome/DontBankOnTheBomb-CH2019/SwissFinancialInstitutionsBankingOnTheBomb-2019 (zuletzt besucht am 18.09.2020).
[15] Costs of War. Watson Institute, Brown University. Online unter: https://watson.brown.edu/costsofwar/costs/economic (zuletzt besucht am 08.08.2020).
[16] United States Securities and Exchange Commission, Form 13F. Online einsehbar unter https://www.sec.gov/edgar/search-and-access.

weiterhin als salonfähig gelten, diesen finanziell zu unterstützen. Dass dies nicht so sein muss, zeigen die Entwicklungen auf dem Finanzmarkt hin zu einer besseren ökologischen Bilanz der Investitionen.

→ **Der Schweiz bietet sich mit der Kriegsgeschäfte-Initiative eine einmalige Gelegenheit, sich in ein pionierhafte Vorreiterrolle zu bringen.**

Die Rolle der Schweiz

Die Schweiz hat einen der grössten und bedeutendsten Finanzplätze weltweit. Die Stadt Zürich ist gemäss dem Global Financial Centers Index 20 weltweit auf Platz 14 der 108 weltweit wichtigsten Finanzmarktzentren.[17] Insgesamt 246 Banken gibt es in der Schweiz. Das Spektrum reicht von den zwei Grossbanken UBS und Credit Suisse über diverse mittlere wie die Raiffeisen-Gruppe, die Zürcher Kantonalbank (ZKB) oder die PostFinance bis hin zu kleinen Regionalbanken, Sparkassen und Privatbanken.[18] Gemäss der Schweizer Bankiervereinigung haben diese Banken eine Bilanzsumme von über 3000 Milliarden Franken, wovon auf die beiden Grossbanken knapp die Hälfte entfällt. Insgesamt werden über 6943,5 Milliarden Franken Vermögen verwaltet, wobei 52.5% der Gelder aus der Schweiz stammen. Dies macht einen Marktanteil von 25% des weltweiten grenzüberschreitenden Vermögensverwaltungsgeschäftes aus.[19] Die Schweiz ist damit die wichtigste Akteurin in der grenzüberschreitenden Vermögensverwaltung. Die zahlreichen Lebens-, Schaden- und Rückversicherungen, verfügen zusammen über eine Bilanzsumme von 684 Milliarden.[20]

Nebst den Banken und Versicherungen, welche private Akteure darstellen, kommen diverse öffentlich-rechtliche Finanzinstitute hinzu. Wichtigste Institution ist hier die Schweizerische Nationalbank (SNB) mit einer Bilanzsumme von 817 Milliarden Franken und einem Eigenkapital von 120 Milliarden Franken im Jahr 2018.[21] Auch der Ausgleichsfonds der AHV verwaltete 2019 ein Volumen von insgesamt 36'440 Millionen.[22] Darüber hinaus gibt es in der Schweiz knapp 1600 Pensionskassen, die meisten davon sind privat-rechtliche Einrichtungen. Private und öffentlich-rechtliche Einrichtungen der beruflichen Vorsorge verfügen zusammen über eine Bilanzsumme von mehr als 876 Milliarden Franken.[23]

→ **All diese Finanzakteure erwirtschaften jedes Jahr grosse Gewinne, die sie neu investieren können. Obwohl einzelne Institutionen durchaus Richtlinien zu ethischen Anlagen oder Handlungen kennen, werden Investitionen in die todbringende Rüstungsindustrie nur von ganz wenigen Akteuren konsequent ausgeschlossen. Die Kriegsgeschäfte-Initiative will dies ändern.**

Was die Initiative will

Kriege könnten weniger werden. Zu einer Pazifizierung der Welt würden das Bekämpfen globaler ökonomischer Ungleichheiten oder die Stärkung demokratischer Gesellschaftsstrukturen führen. Die weltweite Aufrüstung aber ist definitiv der falsche Weg. Die Schweiz ist als neutrales Land nicht in kriegerische Auseinandersetzungen

[17] Long Finance & Global Financial Centres: The Global Financial Centres Index 27, März 2020. Online unter https://www.longfinance.net/media/documents/GFCI_27_Full_Report_2020.03.26_v1.1_.pdf (zuletzt besucht am 08.08.2020).
[18] Schweizer Nationalbank: Die Banken in der Schweiz 2019, S. 9 ff.
[19] SwissBanking: Der Schweizer Bankensektor. Online unter https://www.swissbanking.org/finanzplatz-in-zahlen/bankensektor/ (zuletzt besucht am 09.08.2020).
[20] FINMA, Bericht über den Versicherungsmarkt 2018, S. 5.
[21] Schweizerische Nationalbank, Bilanz per 31. Dezember 2018. Online unter: https://www.snb.ch/de/iabout/snb/annacc/id/snb_annac_balance (zuletzt besucht am 09.08.2020).
[22] CompenSwiss, Ausgleichsfonds AHV/IV/EO > Vermögen > Vermögen AHV/IV/EO > Jahr 2019. Online unter: https://www.compenswiss.ch/asset/de/?page_name=asset&page_no2=2019&page_no1=1 (zuletzt besucht am 09.08.2020).
[23] Bundesamt für Statistik 2020 : Statistique des caisses de pensions, Principaux résultats 2014–2018, S. 3.

involviert – zur Bewaffnung der Welt trägt sie dennoch bei. Die Kriegsgeschäfte-Initiative will diesen Missstand beheben. Mit der Annahme der Initiative

- fliesst kein Schweizer Geld mehr in die Rüstungsindustrie,
- stärkt die Schweiz ihre Neutralität und ihre humanitären Werte,
- wird ein realer Beitrag zur Pazifizierung der Welt geleistet,
- übernimmt der Finanzplatz Verantwortung für seine Aktivitäten.

Die Kriegsgeschäfte-Initiative zielt in erster Linie auf die internationale Rüstungsindustrie ab: Dort soll kein Schweizer Geld mehr hinfliessen. Dass dies bereits von vielen Finanzinstituten so gehandhabt wird, ist der beste Beleg dafür, dass die Initiative problemlos und ohne finanzielle Einbussen umsetzbar ist. Im Folgenden ein Überblick über die schlimmsten Kriegsgeschäfte der Schweiz, die besten Vorbilder und die Folgen, die eine Annahme der Initiative für die Schweiz bedeuten würde.

Beispiele von Schweizer Kriegsgeschäften

Die Kriegsgeschäfte-Initiative will, dass kein Schweizer Geld in der internationalen Rüstungsindustrie landet. Da dieser Industriesektor in erster Linie für Armeen und Sicherheitskräfte produziert, bleibt er für einen Grossteil der Bevölkerung häufig unsichtbar. Die Kriegsgeschäfte-Initiative will ein Licht auf die Finanzierungsflüsse der Rüstungsindustrie werfen und dafür sorgen, dass die Schweiz in diesem Geschäft nicht mitmischt. Hier einige Beispiele, wie unser Geld in den tödlichsten Unternehmen der Welt landet.

Lockheed Martin

Der Konzern Lockheed Martin ist das grösste Rüstungsunternehmen der Welt und hat seinen Sitz in den USA. 2018 erwirtschaftete er fast 88% seines Umsatzes im Rüstungsbereich.[24] Der Gesamtumsatz beläuft sich auf 59,8 Milliarden USD.[25]

Viele Schweizer Grossbanken, Pensionskassen und die Schweizerische Nationalbank schliessen Lockheed Martin aus ihren Anlageportfolio nicht aus. Die UBS hat 2017 mindestens 532 Millionen US-Dollar in den Konzern investiert.[26] Um die Beteiligungen einer Pensionskasse an dem Unternehmen zu berechnen, muss man sich auf die wenigen bekannten Ziffern berufen: Eine Pensionskasse, die einen Teil ihres Anlagevermögens in Aktien im Ausland investiert und dafür Standard-Vorlagen von internationalen Aktienmarkt-Indexfonds verwendet, investiert ebenfalls unweigerlich in Lockheed Martin, da der Konzern beispielsweise einen Anteil von 0,24% (kann leicht variieren) am MSCI World, einem der gängigsten internationalen Aktienmarkt-Indexfonds, hat.[27]

Lockheed Martin produziert eine große Auswahl an konventionellen Waffen, stellt aber auch Kernwaffen für die Vereinigten Staaten und das Vereinigte Königreich her. Das Unternehmen ist für die Konstruktion der atomaren Trident-II-D5-Raketen für die US-U-Boote der Ohio-Klasse und die britischen U-Boote der Vanguard-Klasse verantwortlich. Die USA planen, die Trident-II-Raketen bis 2042 in Dienst zu halten.[28] Die Vereinigten Arabischen Emirate bombardierten mit von Lockheed Martin produzierten F-16-Kampfjets Stellungen in Syrien und im völkerrechtswidrigen Jemen-Krieg. Seit 2015 existiert sogar eine offizielle Geschäftsstelle von Lockheed Martin in Katar mit dem erklärten Ziel, die Umsätze im Nahen und Mittleren Osten zu steigern.[29]

[24] SIPRI 2019: The Sipri Top 100 Arms-Producing and Military Services Companies 2018, S.9.
[25] Lockheed Martin Corporation 2019: Annual Report, S.2.
[26] Snyder, S./ Beenes, M., 2018: Don't bank on the bomb. S. 87 ff.
[27] www.msci.com > Our Solutions > Indexes > Indexes Resources > Index Tools > Constituents (zuletzt besucht am 09.09.2020).
[28] www.atombombengeschaeft.de > Die Fakten > Atomwaffenhersteller > Lockheed Martin (zuletzt besucht am 09.09.2020).
[29] www.lockheedmartin.com > Middle East (zuletzt besucht am 09.09.2020).

Boeing

Boeing ist ein US-amerikanisches Unternehmen, das meist als Mischkonzern bezeichnet wird. Der Rüstungszweig des Unternehmens umfasst 29% des Gesamtumsatzes.[30] Auch wenn dies tatsächlich weniger als die Hälfte ist, gehört Boeing mit 47 Milliarden Franken, die das Unternehmen total mit Kriegsmaterial erwirtschaftet, dennoch zu den grössten der Branche. Ende 2019 hatte die SNB mehr als 549 Millionen USD in Boeing angelegt, die UBS sogar 2,78 Milliarden USD.[31]. Boeing ist zudem im MSCI World Index abgebildet, mit einem Anteil von 0,48%.[32] Das heisst, dass alle Finanzinstitute, die ihr Vermögen in diesem Aktienindex angelegt haben, auch in Boeing investieren.

Boeing produziert hauptsächlich Kampfflugzeuge, ist aber auch im Atomwaffengeschäft tätig.[33] Die von Boeing produzierten F-15 Flieger wurden von der saudi-arabischen Luftwaffe im Krieg im Jemen und von der israelischen Luftwaffe zur Bombardierung der Zivilbevölkerung bei Angriffen im Gazastreifen eingesetzt. [34] Das Unternehmen unterhält Büros in Riad, Abu Dhabi und Doha, mit dem erklärten Ziel, das Potential von Seeschlag-Angriffsflugzeugen, Aufklärungsfliegern und taktischen Flugzeugen auszubauen.[35]

Northrop Grumman

Northrop Grumman ist ein weiteres US-amerikanisches Unternehmen. Die Firma erwirtschaftet fast den gesamten Umsatz mit der Produktion von Kriegsmaterialgütern, hauptsächlich Flugzeuge und Schiffe. Die Firma ist aber auch an der Atomwaffenproduktion beteiligt. [36] Im Jahr 2008 nutzte das Unternehmen gegenüber dem Pentagon einen hypothetischen Konflikt der USA mit dem Iran zwischen 2015 und 2020 als Verkaufsargument für seine Global-Hawk-Drohnen. Im Juni 2019 wurde eine Global-Hawk-Drohne, die über die Gewässer der Straße von Hormuz flog, vom Iran abgeschossen. Präsident Trump reagierte auf den Abschuss mit seiner Zustimmung zu Vergeltungsschlägen, änderte seine Meinung dann aber wieder. Die Crédit Suisse hat 2019 mindestens 105 Millionen Franken in Northrop Grumman angelegt gehabt.[37]

Raytheon

Auch Raytheon ist in erster Linie ein Rüstungskonzern. Die von Raytheon produzierte Munition wurde von Saudi-Arabien bei Angriffen im völkerrechtswidrigen Jemenkrieg eingesetzt, der Tausende von zivilen Opfern fordert.[38] Das von Raytheon produzierte Kriegsmaterial wurde auch im Irak-Krieg eingesetzt: Allein in den ersten 13 Tagen des Krieges feuerte die US-Armee 700 Raytheon Marschflugkörper im Wert von 600'000 bis 1 Million Dollar pro Stück ab.[39] Ende 2019 hat die SNB mit 206 Millionen Dollar in das Unternehmen investiert. [40] Auch die UBS beteiligt sich mit mindestens 999 Millionen US-Dollar an dem Unternehmen.[41]

---

[30] SIPRI 2019: The Sipri Top 100 Arms-Producing and Military Services Companies 2018, S. 9.
[31] United States Securities and Exchange Commission, Form 13F. Online unter: https://www.sec.gov/Archives/edgar/data/1610520/000095012320002037/xslForm13F_X01/form13fInfoTable.xml (zuletzt besucht am 09.09.2020).
[32] www.msci.com > Our Solutions > Indexes > Indexes Resources > Index Tools > Constituents (zuletzt besucht am 09.09.2020).
[33] www.dontbankonthebomb.com > Nuclear Weapon Producers > Company List > Boeing (zuletzt besucht am 09.09.2020).
[34] http://www.webcitation.org/6dL15AcYy?url=http://www.nytimes.com/2015/04/19/world/middleeast/sale-ofus-arms-fuels-the-wars-of-arab-states.html (zuletzt besucht am 09.09.2020).
[35] www.boeing.com > Media > News Releases/Statements: Boeing Opens New Office in Doha, Qatar (zuletzt besucht am 09.09.2020).
[36] www.dontbankonthebomb.com > Nuclear Weapon Producers > Company List > Northrop Grumman (zuletzt besucht am 09.09.2020).
[37] United States Securities and Exchange Commission, Form 13F. Online unter: https://www.sec.gov/Archives/edgar/data/824468/000156761920003053/xslForm13F_X01/form13fInfoTable.xml (zuletzt besucht am 09.09.2020).
[38] Briggs, Billy: «Revealed: Bombs partly built in Scotland blitz Yemen where thousands of civilians killed in attacks branded war crimes». In: Daily Record vom 31. Juli 2016. Online unter: https://www.dailyrecord.co.uk/news/scottish-news/revealed-bombs-partly-built-scotland-8532118 (zuletzt besucht am 09.09.2020).
[39] Die Welt vom 02.04.2003: «US-Rüstungskonzerne profitieren von Kriegsausgaben». Online unter: https://www.welt.de/print-welt/article567882/US-Ruestungskonzerne-profitieren-von-Kriegsausgaben.html (zuletzt besucht am 09.09.2020).
[40] United States Securities and Exchange Commission, Form 13F. Online unter: https://www.sec.gov/Archives/edgar/data/1582202/000158220220000001/xslForm13F_X01/InfoTable_Q42019.xml (zuletzt besucht am 09.09.2020).
[41] United States Securities and Exchange Commission, Form 13F. Online unter: https://www.sec.gov/Archives/edgar/data/1610520/000095012320002037/xslForm13F_X01/form13fInfoTable.xml (zuletzt besucht am 09.09.2020).

General Dynamics

Eine weitere Firma mit Hauptsitz in den USA ist General Dynamics.[42] Mit 61% erwirtschaftet General Dynamic einen Grossteil des Umsatzes über Kriegsmaterial.[43] Die Firma beteiligt sich auch an den Steuerungssystemen der Atomrakete Trident-II (D5) der US-Marine beteiligt.[44] Im Jahr 2016 wurden 700 leicht gepanzerte Fahrzeuge von der General Dynamics Tochterfirma General Dynamics Land Systems-Canada für 15 Milliarden US-Dollar von Kanada nach Saudi-Arabien verkauft.[45] Ende 2019 wurden mehrere Dokumente geleakt, aus denen hervorgeht, dass diese Fahrzeuge im Jemenkrieg bei Einsätzen gegen Zivilisten eingesetzt wurden.[46] 2019 war die SNB mit 136 Millionen USD[47] an General Dynamics beteiligt, noch vor der UBS mit 90 Millionen[48] und der CS mit 66 Millionen.[49]

BAE Systems

BAE Systems ist eine britische Firma, die sich fast ausschliessliche auf die Produktion von Kriegsmaterial konzentriert. BAE Systems stellt unter anderem Kampfjets, Militärschiffe, gepanzerte Fahrzeuge, Artilleriesysteme, Raketen und Munition her.[50] Die Firma ist aber auch an der Herstellung von Atomwaffensystemen beteiligt und produziert z.B. Nuklearraketen für die amerikanischen, britischen und französischen Streitkräfte. [51] Das Unternehmen hat zudem eine völlig autonome Tochtergesellschaft in Saudi-Arabien. [52] Die UBS investierten 2018 160 Millionen USD in BAE Systems.[53]

Wie die Initiative das ändern will

Die hier aufgezählten Kriegsmaterialproduzenten gehören zu den grössten weltweit. Sie sind Teil eines zerstörerischen Sektors, zu dem noch viele weitere Unternehmen gehören. SIPRI analysiert jeweils die 100 grössten Firmen innerhalb dieser Industrie.[54] Bereits dieser kurze Überblick lässt aber erkennen, wie konkret die Produkte dieser Firmen zum Elend in Kriegsgebieten beitragen. Die Gelder, die aus der Schweiz in diese Unternehmen fliessen, sind der ausschlaggebende Punkt für die Kriegsgeschäfte-Initiative: **Die Finanzierung der internationalen Rüstungsindustrie durch Schweizer Finanzakteure soll verboten werden.**

Dass Firmen auch auf dem Finanzmarkt nach Geldmittel suchen, ist eine ganz normale Sache. Gerade grosse Firmen können sich nicht einzig durch den Verkauf ihrer Produkte und Dienstleistungen sowie den Erwerb von Fremdkapital in Form von Darlehen oder Krediten einer Bank finanzieren. Vielmehr entscheiden sie sich, ihr Eigenkapital an der Börse zu handeln. Das bringt ihnen nebst einem direkten Zugang zum Kapitalmarkt auch mehr Bekanntheit.

---

[42] www.gd.com > Our Businesses (zuletzt besucht am 09.09.2020).
[43] SIPRI 2019: The Sipri Top 100 Arms-Producing and Military Services Companies 2018, S.9.
[44] www.atombombengeschaeft.de > Die Fakten > Atomwaffenhersteller > General Dynamics (zuletzt besucht am 09.09.2020).
[45] Gouvernement of Canada: https://www.international.gc.ca/controls-controles/assets/pdfs/documents/Memorandum_for_Action-eng.pdf (zuletzt besucht am 09.09.2020).
[46] Russel, Andrew: «Experts dispute Canada's claim of no link between Saudi arms sales and human rights abuses». In: Global News vom 22. November 2019. Online unter: https://globalnews.ca/news/6206110/canada-saudi-arms-sales-human-rights-abuses (zuletzt besucht am 09.09.2020).
[47] United States Securities and Exchange Commission, Form 13F. Online unter: https://www.sec.gov/Archives/edgar/data/1582202/000158220220000001/xslForm13F_X01/InfoTable_Q42019.xml (zuletzt besucht am 09.09.2020).
[48] United States Securities and Exchange Commission, Form 13F. Online unter: https://www.sec.gov/Archives/edgar/data/1610520/000095012320002037/xslForm13F_X01/form13fInfoTable.xml (zuletzt besucht am 09.09.2020).
[49] United States Securities and Exchange Commission, Form 13F. Online unter: https://www.sec.gov/Archives/edgar/data/824468/000156761920003053/xslForm13F_X01/form13fInfoTable.xml (zuletzt besucht am 09.09.2020).
[50] https://www.baesystems.com/en/what-we-do (zuletzt besucht am 09.09.2020).
[51] www.dontbankonthebomb.com > Nuclear Weapon Producers > Company List > BAE Systems (zuletzt besucht am 09.09.2020).
[52] www.baesystems.com > Our Company > Our Role (zuletzt besucht am 09.09.2020).
[53] Tableau Public: https://public.tableau.com/profile/ican.switzerland#!/vizhome/DontBankOnTheBomb-CH2019/SwissFinancialInstitutionsBankingOnTheBomb-2019 (zuletzt besucht am 09.09.2020).
[54] SIPRI > Research > Armament and Disarmament > Arms and military expenditure > Arms Production (zuletzt besucht am 09.09.2020).

Kriegsmaterialproduzenten bilden hier keine Ausnahme. Und das, obwohl sich ihre Produkte deutlich von denen anderen Sektoren wie der Medizintechnologie, der Energiebranche oder sogar der Autoindustrie unterscheiden: Die Produkte der Rüstungsindustrie werden – wie oben beschrieben – gegen Menschen eingesetzt. Dass Kriegsmaterialproduzenten dennoch in vielen handelsüblichen Indizes vorkommen, verdeutlich zwei Tatsachen:

1. Die Rüstungsindustrie wird nicht als der in mehrfacher Hinsicht (siehe S. 4) tödliche Zweig wahrgenommen, der sie ist.
2. Viele Anleger investieren ihr Vermögen, ohne sich Gedanken darüber zu machen, welche Unternehmen sie so unterstützen.

Diesen Anlegern nun will die Kriegsgeschäfte-Initiative verbieten, ihr Geld in die Rüstungsindustrie fliessen zu lassen. Die Initiative zielt dabei nur auf institutionelle Anleger ab, Privatpersonen sind nicht betroffen. Von der Initiative direkt betroffen sind die Schweizerische Nationalbank (SNB), die Stiftungen nach schweizerischem Recht und die Einrichtungen der staatlichen und beruflichen Vorsorge. Als Einrichtungen der staatlichen Vorsorge gelten die Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHV), die dazugehörigen Ergänzungsleistungen (EL), die Invalidenversicherung (IV) und der Erwerbsersatz während des Militär-, Zivilschutz- oder Zivildienstes sowie der Mutterschaft (EO). Ausserdem betroffen ist der AHV-Ausgleichsfonds. Als Einrichtungen der beruflichen Vorsorge gelten die öffentlich-rechtlichen und privaten Pensionskassen.

Des Weiteren richtet sich die Initative an Banken und Versicherungen, und zwar in doppelter Weise: Einerseits haben die Banken in ihrer Funktion als Treuhänderinnen das Vermögen der Pensionskassen und Stiftungen, welche direkt von der Initiative betroffen sind, bei sich angelegt. Bei einer Annahme der Initiative müssten sie dieses Geld nachhaltig anlegen. Die Initiative verpflichtet aber auch den Bund, sich auf nationaler und internationaler Ebene für ein Ausschluss von Rüstungsfirmen bei Banken und Versicherungen einzusetzen.

All diese Finanzinstitute sollen in Zukunft weder direkt noch indirekt ihr Geld der Rüstungsindustrie zukommen lassen dürfen. Bei direkten Investitionen handelt es sich um eine simple Form von Finanzierung, bei der ein Finanzinstitut einem Kriegsmaterialproduzenten finanzielle Vorteile direkt zukommen lässt. Dies kann beispielsweise über den Kauf von Anteilen an der Firma oder in Form von Kreditgewährung geschehen. Im Gegensatz dazu sind indirekte Investitionen eines Finanzakteurs jene Finanzierungsarten, bei denen zwischen Finanzinstitut und begünstigtem Kriegsmaterialproduzenten ein Mittelelement steht. Solche Elemente können Aktienfonds und deren Substitute, strukturierte Produkte oder vergleichbare Anlegemöglichkeiten sein, bei denen der Kontakt zwischen Finanzakteuren und begünstigtem Kriegsmaterialproduzenten nicht direkt stattfindet, sondern durch Dritte vermittelt wird.

Die Umsetzbarkeit der Initiative

Lange wurde behauptet, dass der Ausschluss von Rüstungsproduzenten aus Anlageportfolien die Renditen schmälern und den Aufwand für die Anleger vergrössern würden. Zudem sei die Rentensicherheit bei Vorsorgeinstituten gefährdet. Die rasanten Entwicklungen im Bereich der Steuerung von Finanzflüssen in nachhaltige Aktivitäten (Sustainable Finance)[55] beweisen aber das Gegenteil: Es besteht ein breit abgestützter Konsens in Wissenschaft und Politik, dass nachhaltiges Investieren nicht nur notwendig, sondern auch gewinnbringend ist. Hätten die Schweizer Pensionskassen beispielsweise vor einem Jahr einzig in nachhaltige Anlagen investiert, wäre das Pensionskassenvermögen heute neun Milliarden höher.[56]

[55] Die Schweizerische Bankiervereinigung bspw. erwartet, dass «Sustainable Finance» die «neue Norm für Anlagen auf dem Schweizer Finanzplatz» werden wird. Mehr dazu unter: https://www.swissbanking.org/de/themen/business-themen/sustainable-finance, zuletzt besucht am 19.07.2020.

[56] Die Schweiz hat ein Pensionskassenvermögen von ungefähr 900 Milliarden. Davon waren 2018 gemäss der Pensionskassenstatistik des Bundes rund 28% in Aktien angelegt. Davon wiederum finden sich 60% in ausländischen Aktien investiert. Das entspricht einem Volumen von 151,2 Milliarden, das in internationalen Aktien angelegt war. Vergleicht man die Performance des nachhaltigen MSCI SRI zum MSCI

Noch stehen bei den meisten Nachhaltigkeitsstrategien auf dem Finanzplatz Schweiz aber vor allem ökologische Kriterien im Vordergrund. Die moralische Pflicht der Schweiz, sich nicht an kriegs- und konfliktbedingtem Elend zu bereichern oder dieses mitzufinanzieren, ist die konsequente Weiterführung dieser Dynamik, die in den letzten Jahren enorm an Bedeutung gewonnen hat. Nachhaltiges Finanzieren ist nicht mehr länger eine Nischenoption, sondern die Zukunft des Finanzsektors und ein Aushängeschild für die Schweiz. Auch der Bundesrat hat sich dazu bekannt. In seinen Leitlinien «Sustainable Finance» vom Juni 2020 schreibt der Bundesrat, dass der Schweizer Finanzplatz zu einem führenden Standort für nachhaltige Finanzdienstleistungen werden soll und so «einen effektiven Beitrag zur Nachhaltigkeit leisten kann».[57]

Private und öffentliche Vorbilder für die Kriegsgeschäfte-Initiative

Bereits heute werden die Ziele der Kriegsgeschäfte-Initiative von privaten und öffentlichen Akteuren in der Schweiz und auf der ganzen Welt umgesetzt. Zahlreiche Pensionskassen, private Investoren und Staatsfonds ganzer Länder haben sich verpflichtet, kein Geld in Rüstungsunternehmen mehr zu investieren. Das zeigt: Die Kriegsgeschäfte-Initiative ist umsetzbar und realistisch. Einige Beispiele:

Private und institutionelle Anleger

Private Pensionskassen wie die Stiftungen Abendrot oder Prosperita und die Vorsorgeeinrichtung Nest schliessen in ihren Anlagereglementen explizit Investitionen in die Rüstungsindustrie aus. Trotzdem erzielen sie eine marktgerechte Rendite.

Der «Schweizer Verein für verantwortungsbewusste Kapitalanlagen (SVVK – ASIR)», ein Zusammenschluss zahlreicher bedeutenden institutionellen Investoren, empfiehl den Ausschluss von Unternehmen, die geächtetes Kriegsmaterial wie nukleare Waffen (ausserhalb des Atomwaffensperrvertages),[58] Streumunition oder Antipersonenminen herstellen. Dem Verein gehören die meisten grossen Pensionskassen der Schweiz und zahlreiche grosse institutionelle Anleger – unter anderem der AHV-Ausgleichsfonds, die Suva, die Mobiliar sowie die Pensionskassen des Bundes, der SBB, der Post und der Migros an[59]. Dies ist ein wichtiger erster Schritt in Richtung der Ziele der Kriegsgeschäfte-Initiative, auch wenn zu betonen ist, dass diese Ausschlussliste noch nicht weit genug geht.

Situation in den Kantonen

Zahlreiche städtische und kantonale Pensionskassen schliessen in ihren Anlagereglementen die Finanzierung von geächtetem Kriegsmaterial wie nukleare Waffen, Streumunition oder Antipersonenminen aus. Dazu gehören die Pensionskassen der Städte Zürich[60] und Luzern[61] sowie der Kantone Basel-Stadt, Baselland, Zürich[62] und Bern[63]**.** In Luzern konnte die kommunale Initiative «Für ein Verbot von Luzerner Kriegsgeschäften» zurückgezogen

World kommt man auf eine Renditedifferenz von 6.36%. Der MSCI World dürfte ungefähr jene Unternehmen widerspiegeln, in die investiert wird, wenn *keine* nachhaltigen Kriterien existieren. Über die Renditedifferenz der beiden Fonds lässt sich aufzeigen, wie viel mehr Pensionskassenvermögen hätte erwirtschaftet werden können: Rechnet man diese 6.36% Renditedifferenz auf die 151,2 Mrd. auf, so kommt man auf 160,8 Milliarden, die mit internationalen Investitionen gemacht werden hätten können, wenn auf nachhaltige Investitionen gesetzt worden wäre. Der Schweizer Bevölkerung entgehen so also rund 9 Milliarden Franken.

[57] Der Bundesrat 2020: Leitlinien «Sustainable Finance» vom 24.06.2020, S. 1.

[58] Der Atomwaffensperrvertrag von 1967 definiert gewisse Länder als Atommächte. Die SVVK-Anlagestrategie verzichtet auf den Ausschluss von Atomwaffenproduzenten, die in diesen Ländern ansässig sind.

[59] www.svvk-asir.ch > Über uns (zuletzt besucht am 10.09.2020).

[60] www.pkzh.ch > Vermögensanlage > Nachhaltigkeitspolitik > Umsetzung der Nachhaltigkeitsstrategie > Ausschluss von Firmen (zuletzt besucht am 10.09.2020).

[61] Pensionskasse Stadt Luzern 2017: Anlagereglement und Richtlinien für die Vermögensbewirtschaftung 2017, S.3. Online unter https://www.pksl.ch/application/files/6015/2932/2305/Anlagereglement_04_12_2017_neues_Logo.pdf (zuletzt besucht am 10.09.2020).

[62] www.svvk-asir.ch > Über uns (zuletzt besucht am 10.09.2020).

[63] Bernische Pensionskasse: Anlagereglement vom 16. Juni 2020, Ziffer 5 «Grundsätze zur nachhaltigen und ethischen Vermögensanlage». Online unter: https://www.bpk.ch/fileadmin/redaktion/3_Kundenservice/3.2_Publikationen/3.2.3_Gesetz_und_Reglemente/Anlagereglement_D.pdf (zuletzt besucht am 10.09.2020).

werden, nachdem die Pensionskasse der Stadt Luzern freiwillig die meisten Forderungen umgesetzt hat. Einige Kassen – so zum Beispiel die Pensionskasse der Stadt Biel – gehen einen Schritt weiter und schliessen laut eigener Aussage die Finanzierung von Kriegsmaterialproduzenten ganz aus.

Internationale Beispiele

Auch auf internationaler Ebene gibt es Finanzinstitute, die nicht in die Rüstungsindustrie und/oder nicht in international geächtete Waffen investieren, beispielsweise der Norwegische Staatsfonds, der mit rund 868 Milliarden Franken Anlagevermögen zu den grössten Fonds weltweit gehört.[64] Ein weiterer wichtiger Player im internationalen Finanzwesen ist die Umweltbank Deutschland, die sowohl die Produktion als auch den Handeln mit Waffen – wohlgemerkt geächtete als auch konventionelle – und Militärgüter ausschliesst.[65] Die Umweltbank konnte zehn Mal hintereinander die Ausschüttung auf ihre Aktien erhöhen.[66]

Auswirkungen der Initiative

In seiner Botschaft zur Kriegsgeschäfte-Initiative unterstellt der Bundesrat, dass eine Annahme der Kriegsgeschäfte-Initiative negative Auswirkungen auf die Schweiz hätte, insbesondere für die betroffenen Finanzinstitute. Darüber hinaus wird vorgeworfen, die Initiative wolle den Finanzplatz Schweiz in Frage stellen und die Schweizer Maschinen-, Elektro- und Metall-Industrie (MEM) schwächen. Keiner dieser Vorwürfe ist zutreffend.

Auswirkungen auf die internationale Rüstungsindustrie

Die Kriegsgeschäfte-Initiative will die internationale Rüstungsindustrie schwächen. Dass sie sie nicht abschaffen wird, ist klar. Vielmehr geht es darum, aufzuzeigen, wie schädlich der Rüstungssektor für die Zukunft der Menschheit ist und wie katastrophal die Folgen des weltweiten Aufrüstens sind. Die Exklusion von Kriegsmaterialproduzenten aus Schweizer Anlageportfolios ist eine Signalwirkung, die die Akzeptanz dieser Industrie schmälern wird. Der Rüstungssektor ist eine tickende Zeitbombe – und diese soll endlich und mit allen Mitteln entschärft werden, denn:

- Die Produkte der Rüstungsindustrie dienen einzig dem Ziel, Menschen möglichst effizient zu kontrollieren und zu töten.
- Dabei verpesten sie in unvergleichbarer Manier die Umwelt – über Jahre und Jahrzehnte hinweg – und tragen so dazu bei, dass neue Konfliktherde entstehen.
- Die Überbewertung der militärischen Aufrüstung als sicherheitspolitisches Element führt dazu, dass Geld für die wirklich grosse Sicherheitskrise unserer Zukunft fehlt: der Klimawandel und die steigende soziale Ungleichheit.

Auswirkungen auf die Nachfrage nach Waffen

Eine Annahme der Initiative wird nicht dazu führen, dass die Nachfrage nach Kriegsmaterial von einem Tag auf den anderen einbricht. Da aber eben mehr Kriegsmaterial produziert wird, als tatsächlich eine notwendige Nachfrage besteht, bietet die Kriegsgeschäfte-Initiative die einmalige Chance, dieses internationale Wettrüsten aufzuzeigen und anzuprangern. Denn bei jedem potentiellen Konflikt sind bereits vor dem Ausbruch Unmengen von Waffen vorhanden, die zu einer unnötigen Eskalation führen und deren Einsatz katastrophale Auswirkungen hat. Das Wettrüsten ist allerdings ein attraktiver Investitionsplatz. Die Kriegsgeschäfte-Initiative kann diese Verbindung zwischen dem Bereitstellen von Finanzmitteln und dem Wettrüsten aufzeigen.

[64] https://www.nbim.no/en/the-fund/responsible-investment/divestments/
[65] Umweltbank: Nachhaltigkeits- und Geschäftsbericht 2018, S. 24. Online unter: https://www.umweltbank.de/_Resources/Persistent/7252a9f6241f3f77c0fc1a605b9fb67c2e043839/Umweltbank_Bericht_2018.pdf (zuletzt besucht am 10.09.2020).
[66] Börse Online vom 29.06.2019. Online unter: https://www.boerse-online.de/nachrichten/aktien/umweltbank-gibt-neue-aktien-aus-und-erhoeht-zum-zehnten-mal-in-folge-die-dividende-1028312968 (zuletzt besucht am 10.09.2020).

Auswirkungen auf das Engagement der Schweiz

Das Engagement der Schweiz in der Entwicklungszusammenarbeit, der Friedensförderung und der Menschenrechtspolitik ist wichtig, um mögliche Ursachen von bewaffneten Konflikten zu bekämpfen. Ebenso lobenswert ist das Engagement der Schweiz im Rahmen der Abrüstung, der Rüstungskontrolle und der Non-Proliferation. Auch in ihrer Rolle als Mediatorin leistet die Schweiz gute Arbeit. All diese Aktivitäten aber stehen in einem schrägen Licht, wenn man in Betracht zieht, wie unnachsichtig die Schweiz ist, wenn es um die Regulierung ihres Finanzplatzes steht. Dass Milliarden in Kriegsmaterialproduzenten fliessen, deren Produkte auf der ganzen Welt genau jene Konflikte alimentieren, die die Schweiz mit ihrem diplomatischen und humanitären Einsatz bekämpfen will, ist falsch und der Schweiz nicht würdig. Die Kriegsgeschäfte-Initiative sorgt hier für mehr Kohärenz.

Auswirkungen auf das Vorsorgevermögen, das den Versicherten zusteht

Wer in nachhaltige Anlageprodukte investiert, kann oft sogar mit einer besseren Rendite rechnen: Hätten die Schweizer Pensionskassen vor einem Jahr einzig in nachhaltige Anlagen investiert, wäre unser Pensionskassenvermögen im Durchschnitt pro Kopf 1000 CHF höher. Auch längerfristig sind nachhaltige Anlagen gewinnbringender, da sie weniger risikoanfällig sind.[67]

Auswirkungen auf die Unabhängigkeit der Nationalbank

Die Initiative schränkt die Anlagemöglichkeiten der SNB ein. Tatsächlich aber hat sich die SNB selbst schon Exklusionskriterien gegeben. So investiert sie nicht in mittel- und gross-kapitalisierte Banken und bankähnliche Institute in Industrieländern und verzichtet auf Investitionen in Unternehmen, die international geächtete Waffen produzieren, grundlegende Menschenrechte massiv verletzen oder systematisch gravierende Umweltschäden verursachen.[68] An der Unabhängigkeit der Nationalbank zweifelt dennoch niemand.

Auswirkungen auf die Versorgung der Schweizer Armee

Die Armee bezieht ihre Ausrüstung und ihr Material grossmehrheitlich im Ausland. Die Versorgung der Armee wird also nicht gefährdet durch die Initiative, da mit dem Wegfall des Schweizer Geldes – wie oben erwähnt – nicht die gesamte internationale Rüstungsindustrie zusammenbrechen wird. Gemäss den Grundsätzen des Bundesrates für die Rüstungspolitik des VBS vom 24. Oktober 2018 ist die Abhängigkeit vom Ausland auch gewollt.[69] Bei der Beschaffung setzt das VBS weitgehend auf internationale Zusammenarbeit.

Auswirkungen auf die Rüstungsindustrie der Schweiz

Die Rüstungsindustrie der Schweiz ist nur sekundär betroffen. Das Finanzierungsverbot, wie es die Initiative fordert, trifft in erster Linie die SNB, Stiftungen und Vorsorgeeinrichtungen. Diese investieren vor allem passiv, also über Fonds und Indizes. Besonders attraktiv sind grosse Anlagevehikel. In diesen sind aber nur grosse Unternehmen abgebildet: Kaum ein Schweizer Rüstungsunternehmen dürfte in einem geläufigen internationalen Fonds, in den die SNB oder eine Pensionskasse investiert, abgebildet sein – auch wenn sie mehr als 5% ihres Jahresumsatzes mit der Produktion von Kriegsmaterial erzielen.

Auswirkungen auf die MEM-Industrie der Schweiz

Es wird häufig davon gesprochen, dass bei einer Annahme der Initiative auch die Zulieferer der Schweizer Rüstungsindustrie betroffen seien – und damit viele Arbeitsplätze. Diese Information ist falsch. Die Initiative zielt einzig und allein auf Kriegsmaterial ab. Kriegsmaterial ist klar definiert: Die so genannte Wassenaar-Liste, ein internationaler Vertrag, listet en détail auf, welche Güter Kriegsmaterial sind und welche nicht. In der Schweizer Definition sind im Vergleich zum Ausland sogar noch weniger Produkte als Kriegsmaterial definiert, da die Schweiz die Sonderkategorie «besondere militärische Güter» kennt. Im Vergleich zu den anderen Vertragsstaaten ist also die für die Schweiz gültige Wassenaar-Liste kleiner.

---

[67] Herger Patrick: «Die definitive Antwort auf die Frage, ob nachhaltige Investments höhere Renditen bringen oder tiefere». In: NZZ vom 25.05.2019. Online unter: https://www.nzz.ch/finanzen/fonds/bringen-nachhaltige-investments-hoehere-renditen-die-definitive-antwort-ld.1482117 (zuletzt besucht am 10.09.2020).

[68] Richtlinien der Schweizerischen Nationalbank (SNB) für die Anlagepolitik vom 27. Mai 2004 (Stand am 1. April 2015), Punkt 3.2. Online unter: https://www.snb.ch/de/mmr/reference/snb_legal_richtlinien/source/snb_legal_richtlinien.de.pdf (zuletzt aufgerufen am 01.09.2020).

[69] Grundsätze des Bundesrates für die Rüstungspolitik des VBS vom 24. Oktober 2018, S. 7255.

Art. 5 des Kriegsmaterialgesetzes nennt zwar auch «Einzelteile und Baugruppen». Diese gelten aber nur dann als Kriegsmaterial, wenn sie eindeutig nicht für zivile Zwecke verwendet werden können. Diese Definition ist eindeutig – und sehr eng. Es ist möglich, dass zivile Güter auch als Kriegsmaterial eingesetzt werden können. In diesem Fall redet man von Dual-Use-Gütern. Wenn ein Produkt allerdings nicht zivil verwendet werden kann, dann schränkt sich diese Definition wieder genau auf das ein, was die Initiative will: Die Finanzierung von Produkten verbieten, die als Kriegsmaterial definiert sind.

Auswirkungen auf die Schweiz als international angesehener Finanzplatz

Ein nachhaltiger Finanzplatz ist das beste Aushängeschild, dass sich die Schweiz wünschen kann. Die Bedeutung von Nachhaltigkeitsfaktoren ist ein Thema, das Staaten auf der ganzen Welt beschäftigt. Die Regulierungsmöglichkeiten auf den Finanzmärkten werden von diversen Regierungen und Politiker*innen regelmässig auf ihren Nutzen für nachhaltigere Anlagen untersucht. Insbesondere die Dringlichkeit von Klimafragen hat es für politische Entscheidungsträger unumgänglich gemacht, umfassende nachhaltige Finanzstrategien zu entwickeln.[70] Diese Entwicklung kann die Schweiz zu ihren Gunsten ausnutzen und sich als Vorreiterin profilieren. Wenn der Schweizer Finanzplatz hingegen nicht an moderne Ansprüche angepasst wird, droht nebst einem Imageverlust auch die Abwanderung wichtiger Investor*innen, die ihr Geld lieber dort anlegen, wo sie dies im Einklang mit den finanzpolitischen Grundsätzen ihres Landes oder ihres Unternehmens tun können.

Was die Schweiz gewinnen kann

Mit einem JA zur Kriegsgeschäfte-Initiative kann die Schweiz nur gewinnen, denn sie

→ **ist ein Schritt zu einer friedlicheren Welt**

Das Geschäft mit Waffen floriert. Seit dem Ende das Kalten Krieges ist eine stetige Zunahme von Waffen und eine erschreckend innovative Weiterentwicklung in der Waffentechnik feststellbar. Friedlicher und sicherer ist die Welt dennoch nicht geworden. Je mehr Waffen im Umlauf sind, desto gefährlicher können schon kleinste Reibungen werden. Die Menschen, die unter der Überpräsenz von Waffen leiden werden von Regimen unterdrückt, durch parastaatliche Akteure bedroht, wegen der unsicheren Zukunft aus ihrer Heimat vertrieben und getötet. Ein normales Leben ist nicht möglich, solange der Waffenhandel so unkontrolliert weiterwuchert. Die Bestrebungen zu einer stärkeren Regulierung des Waffenhandelns sind lobenswert – bringen tun sie aber wenig. Der illegale Waffenhandel wuchert überall. Besonders bedrohlich ist er aber dort, wo demokratische Strukturen wackeln und die Zivilgesellschaft staatlicher und parastaatlicher Willkür ausgesetzt ist. Und die Waffen, die auf diese Menschen gerichtet werden, mussten zuerst finanziert, produziert und verschifft werden. Je deutlicher dieses Geschäft verdammt und die Finanzierung dieser Industrie verpönt wird, desto grösser ist die Chance auf eine reale und direkte Pazifizierung in den betroffenen Regionen.

→ **bekämpft Fluchtursachen**

Millionen Menschen werden weltweit durch Kriege und Konflikte aus ihrer Heimat vertrieben. 2019 waren 97,5 Millionen Menschen auf der Flucht. Sie fliehen vor Krieg, Verfolgung und Menschenrechtsverletzung.[71] Fast zwei Drittel der Vertriebenen sind Binnenflüchtlinge – sprich, sie bleiben in ihrem eigenen Land, sind aber gezwungen, ihre heimatliche Region zu verlassen.[72] Ihre Schicksale gehen in der alltäglichen Berichterstattung unter. Genauso wenig wird die Bedeutung der Rüstungsindustrie für die forcierte Migration beleuchtet. Tatsache aber bleibt, dass zwei der wichtigsten

[70] Swiss Sustainable Finance: Swiss Sustainable Investment Market Study 2020, S. 44ff.
[71] UNO Flüchtlingshilfe > Informieren > Flüchtlingszahlen. Online unter: https://www.uno-fluechtlingshilfe.de/informieren/fluechtlingszahlen/ (zuletzt besucht am 09.09.2020).
[72] www.unhcr.org > Über uns > Wem wir helfen > Binnenvertriebene (zuletzt besucht am 09.09.2020).

Fluchtgründe Kriege und Gewalt sowie Menschenrechtsverletzungen sind.[73] Die Menschen flüchten vor Bombenhagel, Zwangsrekrutierung, bewaffneten Übergriffen und Unterdrückung. Dass sich die Schweiz finanziell an der Produktion jener Waffen beteiligt, die gegen Menschen eingesetzt werden und sie zur Flucht zwingen, darf nicht sein.

→ schützt die Neutralität und Glaubwürdigkeit der Schweiz

Die Schweiz setzt sich als neutrales Land mit humanitärer Tradition für Menschenrechte, Frieden und diplomatische Lösungen ein. Gleichzeitig Milliarden Schweizer Franken in Kriege und Konflikte zu investieren, ist unvereinbar mit der Schweizer Neutralität. Neutralität ist mehr als ein aussenpolitisches Instrument, das im Kriegsfalle die Weigerung, Partei zu ergreifen, begründet. Neutralität muss breiter verstanden werden: Sie ist ein Versprechen, Konflikte so zu lösen, dass auch in Zukunft keine Interessen mit Waffengewalt durchgesetzt werden müssen. Neutralität betrifft deswegen alle politischen Bereiche eines Landes: Auch die Innenpolitik, auch die Finanzpolitik, auch die Exportpolitik. Die Schweiz ist erst dann ein glaubwürdiger neutraler Staat, wenn sich die Neutralität nicht auf die Aussenpolitik beschränkt. Denn: Ein neutraler Staat darf sich nicht in die Lage versetzen, die eigenen Neutralitätspflichten im Falle eines zukünftigen Konfliktes verletzen zu müssen. Sich an der Finanzierung von Kriegsmaterialproduktion zu beteiligen stellt allerdings eigentlich eine Verletzung des Neutralitätsrechts dar, da die mit unserem Geld finanzierten Waffen an Parteien verkauft werden, die sie in Konflikten einsetzen. Die Schweiz hat somit Partei ergriffen: Für all jene, die die von der Schweiz mitfinanzierten Produkte verwenden.

→ ist wirtschaftlich sinnvoll

Nachhaltiges Investieren ist gewinnbringend. Deswegen setzen heute schon viele Finanzunternehmen auf ethische Anlagen. Nachhaltige Investitionen sind die Zukunft der Finanzmärkte. Es gibt kaum ein Finanzinstitut, das noch nicht irgendeine Art von Sustainabilty Strategy hat oder sich Nachhaltigkeit und zukunftsfähiges Anlegen auf die Fahne geschrieben hat. Tatsächlich ist der Markt an nachhaltigen Investitionen 2019 um 62% gewachsen.[74] Diese Zahl mag zuversichtlich stimmen, sie ist aber mit Vorsicht zu geniessen. Die diversen Ansätze für nachhaltige Finanzanlagen orientieren ganz unterschiedliche Kriterien[75] – und der Ausschluss von Waffenproduzenten ist noch längst nicht Standard. Ohne rechtliche Verpflichtungen und ausreichend Kontrolle besteht immer die Gefahr, dass die Selbstregulierung des Marktes wichtige Lücken übersieht. Die Kriegsgeschäfte-Initiative führt hier zu mehr Durchblick und strengeren Regeln.

→ schützt mehrfach unser Klima

Die Rüstungsindustrie gehört zu den dreckigsten Sektoren überhaupt und verpestet die Umwelt durch die Produktion und den Einsatz von Kriegsmaterial doppelt. Die Produkte der Rüstungsindustrie verpesten in unvergleichbarer Manier die Umwelt und tragen so dazu bei, dass neue Konfliktherde entstehen. Die Schweiz hat überhaupt keine Notwendigkeit, diesen mitzufinanzieren – und jeder Franken, der nicht in Waffen investiert wird, kann für die Zukunft der Menschheit eingesetzt werden.

[73] www.uno-fluechtlingshilfe.de > Start > Informieren > Fluchtursachen (zuletzt besucht am 12.09.2020.
[74] Swiss Sustainable Finance: Sustainable Investment Market Study 2020, S. 8.
[75] Ein guter Überblick dazu bieten bspw. die UN-Definitionen, online einsehbar unter: https://www.unepfi.org/about/.